



Mitteilung für die Presse

Freie Hansestadt Bremen leistet den Offenbarungseid !

Krankenhausinvestitionen sollen weiter gekürzt werden!

Während die Krankenhäuser im Land Bremen für die Zeit ab 2010 insgesamt 442 Millionen Euro an dringenden Investitionsmaßnahmen vor sich her schieben müssen, kürzt das Land Bremen die Investitionsförderung von 28,3 Mio. Euro im Jahr 2009 auf 26,5 Mio. Euro im Jahr 2011.

„Die Investitionen in die Krankenhäuser gehören zur Daseinvorsorge. Sie sind direkt gesetzliche Aufgabe der Freien Hansestadt. Wenn angesichts des wachsenden Investitionsstaus das Land die Mittel kürzt, ist dieses ein rechtlich unzulässiger Zustand,“ stellt Jürgen Scholz, der Vorsitzende der Krankenhausgesellschaft fest.

Die Krankenhäuser haben eine lange Liste von Investitionsvorhaben angemeldet. Dazu gehören Maßnahmen, wie die Erneuerung von Intensivstationen, die Sanierung von Operationssälen oder zur Herstellung des Brandschutzes. Diese sind für die Erhaltung der Patientenversorgung unmittelbar erforderlich.

„Wenn selbst für diese dringenden Baumaßnahmen trotz bestehender rechtlicher Verpflichtung kein Geld mehr da ist, weil wegen der vermeintlichen Schuldenbremse ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden muss, dann ist die Finanzausstattung des Landes Bremen auf dieser Basis verfassungswidrig,“ meint Uwe Zimmer, der Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft.

Dass für 2010 und 2011 kein Bauprogramm mit neuen Projekten mehr vorgesehen ist und damit die Einzelförderung ganz ausgesetzt wird, kommt einem Offenbarungseid der Freien Hansestadt gleich.

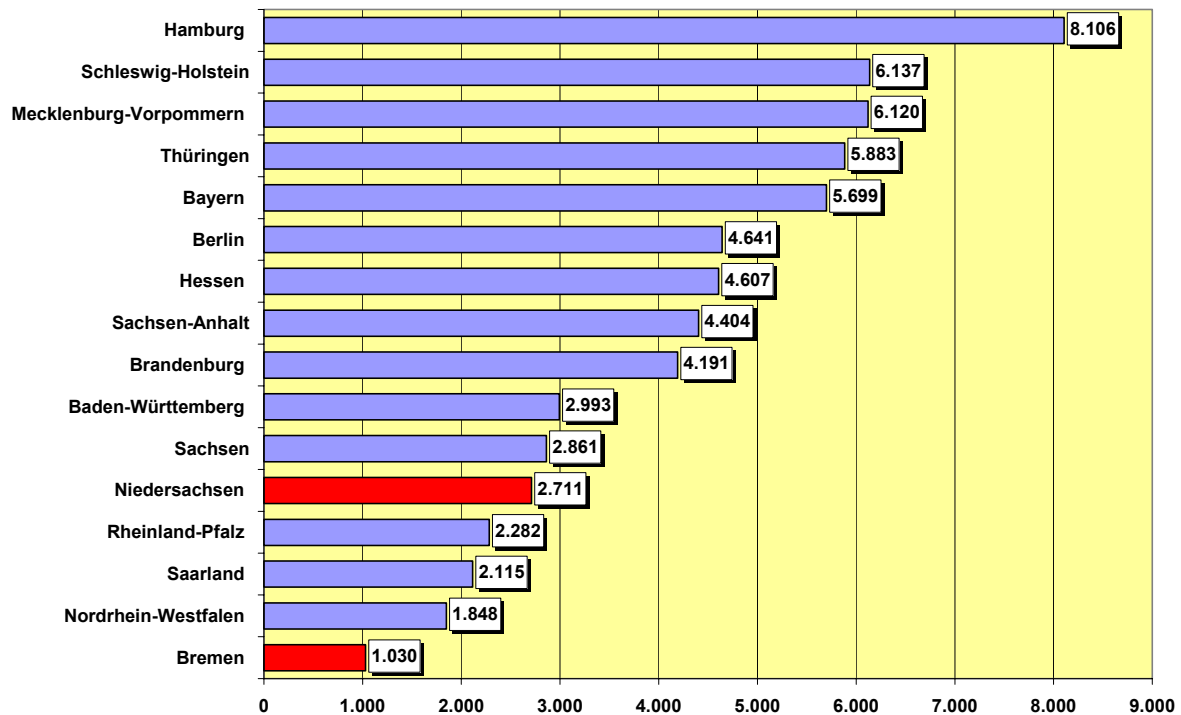
Bereits 2008 lag das Land Bremen bereits auf dem letzten Platz aller Bundesländer in Bezug auf die Förderung einzelner Investitionsmaßnahmen (s. Grafik auf Seite 2).

Der Plan, die verbleibenden freien Mittel ab 2012 oder 2013 in pauschaler Form auszuschütten, stößt bei der HBKG auf offene Ablehnung:

Das Geld reicht offensichtlich nicht, die Maßnahmen des Investitionsprogramms direkt zu finanzieren, also werden die Krankenhäuser diese Maßnahmen über Kredite finanzieren müssen. „Wenn das Geld aber nicht einmal reicht, die Finanzierungskosten für eine Bankfinanzierung dieser Investitionen zu tragen, wird das Recht der Krankenhäuser auf eine Finanzierung der Investitionskosten durch die Länder dauerhaft missachtet. Dem werden wir nicht zustimmen,“ so Jürgen Scholz.



Grafik 1: Investitionsfinanzierung 2008 nach Bundesländern in Euro pro Krankenhausbett - Einzelmaßnahmen-



Quelle: jährliche Umfrage der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden

Für Rückfragen steht Ihnen unser Geschäftsführer Uwe Zimmer zur Verfügung:

Handy: 0178 – 8234422, Tel.: 0421-241020, Fax: 0421-2410222.

Die Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e. V. (HBKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Bremen. Sie vertritt die Interessen von 14 öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern im Land Bremen. Jährlich versorgen Bremens Kliniken stationär ca. 210.000 Patienten, auch aus dem niedersächsischen Umland. Mit einem Bruttokostenvolumen von 835 Millionen Euro und 12.000 Beschäftigten sind die Krankenhäuser einer der größten Arbeitgeber.